



Informationsveranstaltung
des Deutschen Parlamentarischen Forums
für sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte
zum Thema

„Schwangerschaft und Schwangerschaftsabbruch bei minderjährigen Frauen“

30. November 2006
Jakob-Kaiser-Haus, Dorotheenstr. 101, Raum 6.556, Berlin
16.00 Uhr – 18.00 Uhr

Am 30. November 2006 veranstaltete das Deutsche Parlamentarische Forum für sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte ein Informationsgespräch zum Thema "Schwangerschaft und Schwangerschaftsabbruch bei minderjährigen Frauen".

Den inhaltlichen Schwerpunkt der Veranstaltung bildete die gleichnamige Studie, welche im vergangenen Jahr (Juni 2005 bis Februar 2006) vom Institut für Sexualforschung und forensische Psychiatrie der Universität Hamburg in Zusammenarbeit mit *pro familia*, der Deutschen Gesellschaft für Familienplanung, Sexualpädagogik und Sexualberatung, durchgeführt, und durch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) finanziell unterstützt worden war.

Im Rahmen des Informationsgespräches sollten nun die Studie und ihre Ergebnisse inklusive neuester Zahlen detailliert vorgestellt und Fragen zu den Erkenntnissen des Forschungsprojektes beantwortet werden.

Anwesende:

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

Dr. Bühring, Kamilla	stellv. Landesvorsitzende der Frauen Union Berlin
Graf, Angelika	MdB, SPD
Dr. Kreuzer, Christine	Referentin für Familie, Frauen, Jugend, Migration und Intregation in der FDP-Fraktion
Lenke, Ina	MdB, FDP
Marks, Caren	MdB, SPD
Pfeffer, Kamilla	Redakteurin der Website des Deutschen Parlamentarischen Forums für sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte, Protokollantin
Sermez, Philine	Büro Caren Marks, MdB, SPD
Dr. Tackmann, Kirsten	MdB, DIE LINKE
Themann, Karin	Büro Antje Blumenthal, MdB, CDU
Dr. Volkmer, Marlies	MdB, SPD
Wenkel, Charlotte	Büro Ulrich Kelber, MdB, SPD

Expertinnen und Experten:

Renate Pawellek	Sexualpädagogin und Mitarbeiterin der <i>pro familia</i> Bochum, befragte im Rahmen der Studie minderjährige Frauen zu Schwangerschaft und Schwangerschaftsabbruch
Prof. Dr. Gunter Schmidt	Institut für Sexualforschung und forensische Psychiatrie der Universität Hamburg, stellvertretender Vorsitzender des <i>pro familia</i> -Bundesverbandes, Leiter des Forschungsprojektes
Elke Thoß	Geschäftsführerin des <i>pro familia</i> -Bundesverbandes

Im Folgenden ist das Informationsgespräch in seinen wesentlichen Aspekten dokumentiert:

Nach der Begrüßung durch die Vorsitzende des Forums, Caren Marks, stellt Prof. Dr. Gunter Schmidt von der Universität Hamburg zunächst die Studie vor, indem er einleitend darauf hinweist, dass es in den vergangenen Jahren in Deutschland immer wieder Diskussionen über die Zunahme von Jugendschwangerschaften gegeben hat.

Um die aktuelle Situation sowie den Kontext der Studie zu skizzieren, nennt er Untersuchungsergebnisse, die verdeutlichen, dass sich die Zahl der minderjährigen Schwangeren in Deutschland mit 8 Fällen pro 1000 Mädchen zwischen dem 15. und dem 17. Lebensjahr im internationalen Vergleich auf einem recht niedrigen Niveau befindet. Ebenso wird darauf hingewiesen, dass gemäß dem Ergebnis aktueller Befragungen (BZgA-Studie „Jugendsexualität 2006“) auch das Verhütungsverhalten der deutschen Jugendlichen sehr positiv ausfällt. Gleichwohl aber, so Prof. Dr. Schmidt, treten Fälle von Jugendschwangerschaften (insbesondere vermehrt in Verbindung mit der Retraditionalisierung der Geschlechterrollen seit dem Ende der 90er Jahre) auch hierzulande immer wieder auf.

Im Rahmen des *pro familia*-Forschungsprojektes „Schwangerschaft und Schwangerschaftsabbruch bei minderjährigen Frauen“¹ wurde nun umfassend untersucht, so Prof. Dr. Schmidt, in welchen Konstellationen und unter welchen Umständen Frauen unter 18 Jahren schwanger werden und, weshalb sie sich für einen Abbruch bzw. das Austragen der Schwangerschaft entscheiden. Analysiert wurden somit u. a. die demographische Zusammensetzung der Gruppe jugendlicher Schwangerer und der Gruppe ihrer Partner, ihre Lebenslage, sowie das Sexual- und Verhütungsverhalten der minderjährigen Frauen.

Besondere Ergebnisse der Studie:

Schulbildung und Verhütungsverhalten, soziale Benachteiligung

Zu den wichtigsten Ergebnisse der Studie zählt Prof. Dr. Schmidt die Erkenntnis, dass der Faktor Schulbildung großen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit einer Jugendschwangerschaft hat. So sei das Risiko minderjährig schwanger zu werden bei einer Hauptschülerin unter 18 Jahren fünfmal so hoch wie bei einer Gymnasiastin. Verhütungsverhalten und Bildungsniveau der jungen Frauen sind gemäß den präsentierten Ergebnissen der Untersuchung eng miteinander verbunden. Auch spielt die Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Milieus eine wichtige Rolle, denn je schlechter die Zukunftsperspektive (schlechte Ausbildung, kein Abschluss, Arbeitslosigkeit) der minderjährigen Frauen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit einer Schwangerschaft. Insgesamt hält Prof. Dr. Schmidt somit fest, dass Jugendschwangerschaften stark mit sozialer Benachteiligung assoziiert sind.

Anwendungsfehler, Methodenfehler

Ein weiteres Ergebnis der vorgestellten Befragung ist, dass Anwendungsfehler, aber auch fehlendes Erfahrungswissen, bei der Verhütung ein großes Problem darstellen. Zwar hat über ein Drittel der Schwangeren - so die Studie laut Prof. Dr. Schmidt - gar nicht oder unsicher verhütet, doch geben gut 60 Prozent der Befragten an, mit der Pille oder Kondom verhütet zu haben.

Kontrazeptiva werden also benutzt, allerdings offenbar falsch angewendet, so die Schlussfolgerung. Prof. Dr. Schmidt verweist somit darauf, dass die Jugendsexualpädagogik in die-

¹ Im Rahmen der Studie wurden insgesamt 1801 schwangere Frauen unter 18 Jahren befragt, die eine Schwangerschaftskonfliktberatung oder eine allgemeine Schwangerschaftsberatung in einer *pro familia*-Beratungsstelle aufsuchten.

sem Bereich offenbar noch zu verbessern ist. Es gelte die sexualpädagogische Aufklärungsarbeit zukünftig mit besonderer Rücksicht auf bildungsschwache Jugendliche noch verständlicher zu gestalten und Materialien zu entwickeln, die auch Leseschwachen die nötigen Informationen vermitteln.

Partner

In bezug auf die männlichen Partner der jugendlichen Schwangeren wird angemerkt, dass die Vertrautheit mit denselbigen einen großen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit des Schwanger-Werdens ausübt. Je vertrauter und weiter fortgeschritten die Beziehung, desto besser der Umgang mit Verhütungsmitteln und in der Folge schließlich niedriger das Risiko einer Schwangerschaft.

Prof. Dr. Schmidt hebt dabei besonders jene Erkenntnis der Untersuchung hervor, welcher zufolge in Beziehungen mit männlichen Partnern aus geschlechterkonservativen Kontexten (Türkei, Osteuropa – nicht EU) das Schwangerschaftsrisiko Minderjähriger deutlich erhöht ist.

Migrantinnen – nicht besonders betroffen

Hinsichtlich des Prozentsatzes der minderjährigen Schwangeren mit ausländischer Staatsangehörigkeit (8%) und jenen mit Migrationshintergrund (22%) lassen sich, so Prof. Dr. Schmidt, gemäß der Untersuchungsergebnisse keine besonderen Häufigkeiten feststellen. Denn die Werte entsprechen etwa denen in der deutschen Bevölkerung.

Zwar verhüten der Studie zufolge minderjährige Migrantinnen durchschnittlich schlechter, als jene jungen Frauen ohne ausländische Herkunft oder Migrationshintergrund, doch da sie zumeist etwas später mit dem Geschlechtsverkehr beginnen als ihre deutschen Geschlechtsgenossinnen, kann hier keine ausgesprochene Häufigkeit von Jugendschwangerschaften vermerkt werden (Ausgleichssituation).

Auffällig ist laut Prof. Dr. Schmidt hingegen die ausgesprochen schlechte Kenntnis der Migrantinnen über die Wirkungsweise bzw. den Zugang zu bestimmten Kontrazeptiva, wie beispielsweise der Postkoitalpille/ „Pille danach“, welche als wichtiges Mittel zur Vermeidung ungewollter Schwangerschaften in den 72 Stunden nach dem Geschlechtsverkehr eingenommen werden könne.

Postkoitalpille/ „Pille danach“

Den Ergebnissen der Studie zufolge trifft diese Unkenntnis jedoch nicht nur auf die Gruppe der Migrantinnen zu, sondern charakterisiert auch den Wissenstand eines Großteils der übrigen Minderjährigen. So haben gemäß der Präsentation insgesamt 26% aller befragten Schwangeren unter 18 überhaupt keine Kenntnis über die Existenz der „Pille danach“, 24% wissen von ihr, haben aber keine Ahnung, wie man das Notfallverhütungsmittel bekommt. Auch ist oftmals nicht bekannt, dass das zeitsensible Medikament für Pflichtversicherte unter 20 Jahren gegen Rezeptvorlage kostenfrei erhältlich ist.

Prof. Dr. Schmidt kritisiert, dass gemäß der gesammelten Daten die Postkoitalpille bisher als Möglichkeit zur Prävention von Jugendschwangerschaften von den verschiedensten Seiten – Sexualpädagogen, Ärzten und auch Politikern - in erheblicher Weise vernachlässigt wurde. Zudem ist seiner Meinung nach die Zugangsschwelle zu diesem Medikament bedingt durch die Rezeptpflicht und der damit verbundene Notwendigkeit eines Arztbesuchs aktuell zu

hoch. Dies verhindere oftmals, so seine Aussage, dass Jugendliche in angemessener Zeit (innerhalb von 72 Std. nach dem Geschlechtsverkehr) zu diesem Notfallverhütungsmittel greifen würden.

Verbesserte Informationsvermittlung und rezeptfreie Vergabe der Postkoitalpille

Gemeinsam mit dem *pro familia*-Bundesverband, welcher aktuell im Rahmen einer informellen Arbeitsgruppe zusammen mit Ärzten und Apothekern an Qualitätsstandards für eine gute Postkoital-Versorgung arbeitet, spricht sich Prof. Dr. Schmidt für eine verbesserte Informationsvermittlung in bezug auf die Verwendung und den Zugang zur „Pille danach“ aus und plädiert für eine rezeptfreie Vergabe des Medikaments an Minderjährige, um die Zugangsschwelle des verpflichtenden Arztbesuches zu beseitigen.²

Zu dieser Forderung der Rezeptfreiheit werden von Seiten der Anwesenden folgende Fragen gestellt:

MdB Ina Lenke (FDP) erkundigt sich nach einer Altersbegrenzung hinsichtlich des Vorschlags der Vergabe der rezeptfreien Postkoitalpille an minderjährige Frauen: Werden Unterschiede gemacht hinsichtlich des Alters der minderjährigen Schwangeren? Sind beispielsweise Mädchen im Alter von 14 Jahren (und jünger) anders zu behandeln als ältere Schwangere?

Hierauf antwortend verweist Prof. Dr. Schmidt darauf, dass Schwangerschaften bei unter 14-jährigen eher die Ausnahme sind (1% der unter 18-jährigen Schwangeren sind jünger als 14 Jahre); er spricht sich für eine rezept- und altersbeschränkungsfreie Vergabe des Medikaments aus.

Eine solche Forderung, so Frau Lenke, ist politisch nicht umsetzbar. Ein stufenweises Vorgehen sei angebracht.

Die stellvertretende Landesvorsitzende der Frauen Union Berlin, Frau Dr. Kamilla Bühring, fragt ihrerseits nach einer Beratungspflicht für die Vergabe der „Pille danach“. Bezugnehmend auf die hohe Zugangsschwelle möchte Frau Dr. Bühring von den Experten wissen, wie eine niedrighschwellige Beratung aussehen kann?

Renate Pawellek von der *pro familia*-Beratungsstelle Bochum äußert sich hierzu mit dem Vorschlag einer Apothekenberatungspflicht, sprich der Idee eines verpflichtenden Beratungsgesprächs bei einem Apotheker oder einer Apothekerin, welches an die Aushändigung der Postkoitalpille gebunden ist.

Ebenso wird nach Erfahrungswerten bzw. konkreten Zahlen hinsichtlich der Verschreibungshäufigkeit der „Pille danach“ im Leben einer Frau gefragt (Ina Lenke).

Frau Pawellek erklärt hierzu, dass sie im Rahmen ihrer Arbeit ihre Klientinnen zumeist als sehr verantwortungsbewusst im Umgang mit der Postkoitalpille erlebt habe. Auch seien die besagten Frauen in den meisten Fällen offen für Beratung gewesen, von einem Missbrauch des Medikaments als „einfaches“ Verhütungsmittel, das willkürlich mehrfach verwendet werde, könne nicht die Rede sein. Zudem, so erläutert Frau Pawellek, ist die Wirkungsweise der

² In zahlreichen Ländern Europas ist die Vergabe der „Pille danach“ bereits rezeptfrei, so wird ergänzt.

„Pille danach“ nicht sonderlich angenehm, so dass Frauen diese normaler Weise nur in Sondersituationen, nicht aber, wie oftmals fälschlicher Weise vermutet, bei freier Zugänglichkeit regelmäßig als „normales“ Verhütungsmittel einnehmen würden.

Anschließend wird ebenso über den Aspekt der verbesserten Informationsvermittlung in Sachen Aufklärung und Postkoitalpille diskutiert:

Zu den Vorschlägen gehört u. a. die Standardisierung der Schulaufklärung, welche allerdings, wie angemerkt wird, aufgrund der Länderzuständigkeiten in diesem Bereich wohl schwer umsetzbar ist. Auch müsse der Sexualkundeunterricht aus der Bewertung durch Schulnoten (Bsp. Bayern) herausgenommen werden, heißt es in der Diskussion. Mit Bezugnahme auf das Modell der französischen Nachbarn wird unter Kritik vorgeschlagen, die „Pille danach“ in der Schule zu verteilen und außerdem die Kooperation zwischen den sexualpädagogischen Beratungsstellen und den Lehrinstitutionen zu intensivieren. Kurze Erwähnung findet ebenso die Idee einer Ausweitung der Medienaufklärung (Fernsehen).

In Zusammenhang mit dem Aspekt der Informationsvermittlung hinsichtlich des Gebrauchs von Verhütungsmitteln thematisieren die Diskutanten darüber hinaus auch die Verantwortung junger Männer und betonen die Notwendigkeit einer zielgruppenspezifischen Arbeit.

Eingehender wird von den Anwesenden schließlich der Gedanke einer möglichen Qualifizierung bzw. Zertifizierung der Gynäkologen in bezug auf die spezielle Beratung der „Pille danach“ besprochen. Der Idee zufolge müssten somit zukünftig nicht alle Frauenärzte diese Beratung in besonderer Form anbieten, sondern, wie bei anderen gesundheitlichen Sonderuntersuchungen (Mammographie etc.) auch, würde dann die Möglichkeit bestehen, einen Experten in Sachen „Postkoitalpille“ zu konsultieren. Ein von Ärztekammer und Gynäkologengesellschaft zu errichtender Qualitätszirkel könnte bei der Umsetzung eines solchen Vorschlags der Ausgangspunkt sein, so wird erläutert.

Gegen Ende des Informationsgesprächs werden die diskutierten Forderungen von Frau Lenke nochmals zusammenfassend festgehalten. Es geht, so die Abgeordnete, folglich um eine

- Verbesserung der Sexuaufklärung in bezug auf die Möglichkeit der Verwendung der „Pille danach“, und die
- rezeptfreie Abgabe des Medikaments, damit die hohe Zugangsschwelle zu dem Notfallverhütungsmittel beseitigt werden kann;

In ihren abschließenden Worten dankt die Vorsitzende des Forums Frau Marks allen Anwesenden für ihr Erscheinen und verweist auf die bevorstehende EU-Präsidentschaft Deutschlands, welche es hinsichtlich der Verbesserung von Frauenrechten auch im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit zu nutzen gelte. Erwähnt wird zudem die Tagung des Bundestagsausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Brüssel Anfang des kommenden Jahres.

